

Dresdner Journal.



Verlagspreis:
Für Dresden vierteljährlich:
2 Mark 50 Pf., bei den Kaiserlich
preussischen Postämtern
vierteljährlich 3 Mark; außer-
halb des Deutschen Reiches
Post- und Expeditivgebühren
eingerechnet. Nummer 10 Pf.
Erhalten:
Täglich mit Ausnahme der
Sonntags- und Feiertage abends.
Preis: 12 Pf. Nr. 1295.

Ankündigungsgelder:
Für den Raum einer gespal-
teten Seite seiner Schrift
20 Pf. Unter „Ankündigung“
die Seite 50 Pf.
Bei Tabellen- und Tabellen-
entwerfender Ankündigung.
Verleger:
Königliche Expedition des
Dresdner Journals
Dresden, Jägerstr. 30.
Preis: 12 Pf. Nr. 1295.

№ 167.

Donnerstag, den 22. Juli, abends.

1897.

Diejenigen Bezahler unseres Blattes,

welche es von hier aus nach einem andern Aufenthaltsort nachziehen zu haben wünschen, bitten wir, mit der bezüglichen Bestellung gleichzeitig die an die Post zu entrichtende Ueberweisungsgeldgebühr einzufenden zu wollen. Die Gebühr beträgt im ersten Monat eines Vierteljahres 60 Pfg., im zweiten Monat 40 Pfg. und im dritten Monat 20 Pfg.

Auf ausdrücklichen Wunsch besorgen wir die Nachsendung unter Kreuzband. Die dadurch entstehenden Kosten richten sich nach dem Gewicht der einzelnen Sendungen.

Königl. Expedition des Dresdner Journals.

Amtlicher Teil.

Ernennungen, Beförderungen u. im öffentlichen Dienste.

Im Geschäftsbereich des Ministeriums des Kultus und öffentlichen Unterrichts. Erhöht: die zweite hängige Lehrerstelle in 2. Rang: Rektor: das Königl. Ministerium des Kultus und öffentlichen Unterrichts. Einkommen: 1000 M. Gehalt und 100 M. Wohnungsgeld für einen unversicherten, 150 M. für einen versicherten Lehrer, außerdem 75 M. für Fortbildungsgeld und 75 M. für Zulagen. Gehalt: Gehalt unter Verweisung öffentlicher Prüfungs- und Amtsführungsgeld bis zum 10. August bei dem Königl. Regierungspräsidenten Schulrat Wolke in Jandau einzurufen; — die 10. Stelle an der Höheren Schule zu Lausitz. Das Amtsführungsgeld beträgt 1200 M. einschließlich des Wohnungsgeldes. Der Wohnungsgeld mit sämtlichen Bezügen bis zum 10. August an den Statthalter einzurufen.

Nichtamtlicher Teil.

England wird schutzjüdisch.

Die Londoner Blätter veröffentlichen den Wortlaut eines Rundschreibens, das der Vorsitzende des Handelsamtes, Hr. Ritchie, an die Vereinigung der britischen Handelskammern gerichtet hat, und in welchem er die Einrichtung eines britischen Handelsinformationsbureaus befürwortet, das der britischen Geschäftswelt ihren Kampf gegen den ausländischen Wettbewerb erleichtern helfen soll. Wie auch aus anderweitig signalisierten Symptomen erhellt, verzweifelt man in England mehr und mehr daran, mit dem bisher beibehaltenen System die alte kommerzielle und industrielle Suprematie behaupten zu können; es scheint vielmehr, daß sich auf handelspolitischem Gebiete jenseits des Kanals ein bedeutender Frontwärtel vorbereitet. Was das eingangs erwähnte Rundschreiben Mr. Ritchies betrifft, so charakterisiert es sich den „Berl. Pol. Nachr.“ zufolge als eine weitgeführte Entwicklung der Politik, welche der Kolonialminister Chamberlain vor etwas über ein Jahr in seiner damaligen Rede an die Kolonialregierungen darlegte. Herr Ritchie betont die Notwendigkeit für die britischen Produzenten, sich besser, als es jetzt der Fall ist, über den ausländischen Wettbewerb, sowohl im allgemeinen als im einzelnen, zu unterrichten. Es scheint, daß das Handelsamt, dem Mr. Ritchie vorsteht, eine Zeit lang mit sich selbst darüber zu Rate gegangen ist, ob und in welcher

Kunst und Wissenschaft.

Der Rat der Königl. Kunstakademie zu Dresden hat beschlossen, von der Veranstaltung einer akademischen Kunstausstellung im Jahre 1898 abzusehen. Für diesen Beschluß war die Ansicht maßgebend, daß zunächst die Ergebnisse der diesjährigen internationalen Kunstausstellung abzuwarten seien. Die Erfahrungen, welche man auf dem mit höchstem Erfolge betriebenen Wege der Ausstellung dieses Jahres gemacht hat, sollen für die zukünftigen akademischen Kunstausstellungen nutzbar gemacht werden. Insbesondere wird vor der Fortsetzung der akademischen Kunstausstellungen in Dresden noch darüber zu beraten und zu entscheiden sein, mit welchem Programm zur Befriedigung dieser Ausstellungen aufzufordern ist, in welchem Ausstellungsraum und während welcher Jahreszeit sie abzuhalten sind.

Das Goethe-Jahrbuch für 1897.

(Fortsetzung.)

Zuletzt, höchst mannigfaltig, gelegentlich schrill durcheinander klingend, sind die Stimmen der Zeitgenossen im 18. Bande. Zunächst in Briefen an Goethe, unter denen die von Heinrich Voß dem Jüngeren und die von August Wilhelm Schlegel die wichtigsten und interessantesten sind. Im Briefwechsel Goethes mit Lichtenberg handelt es sich hauptsächlich um Goethes optische Studien und Beiträge zur Farbenlehre, und die Beziehungen der physikalischen Anschauungen Leiders Männer führte schon mehrere Jahre vor Lichtenbergs Tode (1799) zu einer Controverse, an der übrigens auch die menschliche Augeblichkeit teilnahm, in der der Göttinger Physiker und leitende Schriftsteller seine letzten Jahre verbrachte, ihren Anteil gehabt haben kann. Charakteristisch ist die Art, in

Form der Staat den britischen Geschäftsleuten in ihrem Ringen gegen den ausländischen Wettbewerb zu Hilfe kommen könne. D. h. mit anderen Worten, es fehlt nicht mehr gar zu viel, und die britische Handelspolitik, die mit einem Fuße schon längst im schutzjüdischen Lager stand, läßt das der Form halber noch festgehaltene Freihandelsprinzip auch noch außen hin vollends fallen und richtet sich auf einen engeren Zollverband des Mutterlandes mit den Kolonien ein. Mit Recht bemerkt ein gouvernementales Blatt, der Gedanke, daß es möglicherweise Sache des Staates sein könne, den heimischen Produzenten in irgend einer Weise unter die Arme zu greifen, würde in England noch vor wenigen Jahren als eine „protektionistische Reperie“ benannt worden sein. In seinem erwähnten Rundschreiben aber gelangt Hr. Ritchie immerhin doch zu dem Schluß, daß mit Rücksicht auf den zunehmenden scharfen Wettbewerb des Auslandes es zum mindesten die Pflicht des Staates sei, ausgiebige Informationen über die Bedingungen, unter denen der Wettbewerb des Auslandes sich so mächtig entwickelt, zu sammeln und unter den heimischen Interessenten zu verbreiten. Die bezüglichen Wink des Kolonialministers Chamberlain haben ihre Wirkung in dieser Richtung zwar ebenfalls nicht verfehlt, aber Hr. Ritchie geht noch weiter. Die Einrichtung eines Zentral-Informationsbureaus, wie sie ihm vorschwebt, würde der staatlichen Initiative auf kommerziellen Gebiete Thür und Thor öffnen. Die Funktionen des gedachten Bureaus würden darin bestehen, Berichte hinsichtlich der Nachfrage nach britischen Erzeugnissen auf allen Märkten der Welt zu sammeln und Aufschluß zu erteilen über die Rolle, denen sie unterworfen werden, die Transportkosten u. Das von Ritchie verlangte Informationsbureau würde Vertreter des Schatzamtes, des Auswärtigen und des Kolonialamtes, sowie Delegierte der britischen Handelskammervereine zu seinen Mitgliedern zählen. Man darf wohl als sicher annehmen, daß die Handelskammervereine sehr bald, und zwar zustimmend, sich zu dem Vorschlage des Hrn. Ritchie äußern werden.

Für die allmählich immer mehr in das schutzjüdische Fahrwasser steuernde Handelspolitik Englands sind auch die nachstehenden Meldungen bezeichnend. In Kanada nämlich hat man, wie berichtet wird, beschlossen, der Einfuhr englischer Waren besondere Vergünstigungen zu gewähren. Auf Grund der in den Handelsverträgen mit England enthaltenen Meistbegünstigungsklausel steht Deutschland und Belgien das Recht zu, dieselben Vergünstigungen für sich in Anspruch zu nehmen. Aus diesem Grunde ist in England von verschiedenen Seiten eine lebhaft agitatorische Bewegung in die Wege geleitet worden, welche die Kündigung der Handelsverträge mit Deutschland und Belgien anstrebt. Die englische Regierung hat ihre Kronjuristen beauftragt, die Frage zu untersuchen, und diese haben sich jetzt dahin ausgesprochen, daß die kanadischen Vorzugsartikel den Bestimmungen der zwischen England einseits und Deutschland und Belgien andererseits bestehenden Handelsverträge zuwiderlaufen. Für die Kündigung der Verträge tritt selbst ein Teil der liberalen Presse und auch der Cobdenklub ein. Nach einer Meldung der „Köln. Ztg.“ glauben die am Londoner Hofe beurlaubten Botschafter und Gesandten, daß die englische Regierung zur Kündigung des deutschen wie des belgischen Handelsvertrages schreiten wird. Von anderer Seite kommt sogar schon die Nachricht, Sir Wilfried Laurier, der Premierminister von Kanada, lehne in seine Heimat mit der schriftlichen Versicherung der englischen Regierung zurück, daß Großbritannien beschließen habe, die Handelsverträge mit Deutschland und Belgien zu kündigen. Diese Entscheidung soll angeblich am 12. Juli getroffen worden sein.

der Lichtenberg seine Bemerkung für Goethes „Wilhelm Meister“ ausspricht: „Reinen herrlichen Dank für die wahrhaft große Unterhaltung, die Sie mir mit der Fortsetzung Ihres Romans gewährt haben. Sollte es wohl ganz ein Roman sein? Ich habe sie mit dem Gefühl von Gegendruck gelesen, ohne welches ich in keinem Buche fortfahren kann. Ich kann nicht recht deutlich sagen, was ich unter diesem Ausdruck verstehe, ich glaube aber der Sache nahe zu kommen, wenn ich es durch ein widerlegendes Gefühl von der Superiorität des Schriftstellers über mein werdes Selbst nenne; diese befinde nun in der Anwendung, dem Ausdruck, den Gedanken oder den Empfindungen. Mit einem Worte, ich lese gar keine Bücher, wo ich noch beim dritten oder vierten Bogen sagen kann: das kann ich auch.“ Unter den von Graf mitgeteilten Briefen des jüngeren Voß an Goethe findet sich auch der aus Jena vom 17. April 1804, in dem Heinrich Voß über den Eindruck der geist- und gemüthlichen, misserfolgreichen Charakteristik der „Geschichte von Johann Heinrich Voß“, die Goethe für die neue „Jenae Literaturzeitung“ geschrieben hatte, auf seinen Vater berichtet: „Wenn mein Vater seine Arbeit wegen heute schreiben konnte, so würde er Ihnen selbst aus der Fülle seines Herzens sagen, welchen Eindruck die Rezension seiner Gedichte auf ihn gemacht. Lange hatte er sich nach dem Augenblick gesehnt, wo er sie lesen sollte; getrieben und vorgetrieben fragte er mich zu mehreren Malen, wann ich denn die Rezension bekäme; heute morgen endlich habe ich ihn auf das angenehmste überrascht. Ich habe mich, während er las, recht an seiner freudigen Miene erlabt, ja wahrlich ich habe den Ausdruck seines Gesichtes verstanden und nichts schmerzlicher gewünscht, als daß auch Sie zuagen sein möchten, um sich über ihn zu freuen. Mein Vater hat ja früher nie die Freude gehabt, durchaus verstanden zu sein, und doch ging sein ganzes Streben dahin, verstanden zu werden. Wasu ihm jetzt die Aussicht und Hoffnung auf die schönste Weise geöffnet ist. — Nun sing er an, sich lauter zu äußern. Durchaus

Zu dem beantragten Verbote der Getreidezufuhr äußern sich heute die „Berliner Politischen Nachrichten“. Wenn es richtig ist, was vielfach behauptet wird, daß nämlich das genannte Organ näher Beziehungen zu dem Finanzminister v. Riquel sich erfreue, so wäre die Stellung dieses Ministers zu dem Antrage hinreichend geklärt. Denn die „Berl. Pol. Nachr.“ wenden sich in sehr scharfen Worten gegen das Verlangen des Bundes der Landwirte. Die Auslassung lautet wie folgt:

Über, daß der namens des Bundes der Landwirte ge-
stellte Antrag, die Einfuhr von Getreide auf sechs Monate
zu verbieten, mit den abgesehenen Handelsverträgen nicht
vereinbar ist, besteht in der Stelle aller politischen Parteien
vollständige Uebereinstimmung. Ebenso darüber, daß schon aus
diesem Grunde der Antrag für die Reichsregierung nicht nur
unannehmbar, sondern völlig inakzeptabel ist. Besonders
dürfte auch sehr bald in der künftigen Form zur öffent-
lichen Kenntnis gebracht werden, daß die Reichsregierung
gerne auf demselben Standpunkte steht.
Man hätte erwarten sollen, daß die Antragsteller so gut,
wie die gesamte politische Presse, die rechtliche Unzulänglichkeit
ihres Verlangens und damit die glänzende Erfolglosigkeit ihres
Schrittes hätten einsehen müssen, und es ist aus diesem Um-
stande bereits bei der öffentlichen Erörterung der Sache ge-
sehen worden, daß dem Antrage gar nicht auf einen prak-
tischen Erfolg gerechnet sei, sondern daß lediglich agitatorische
Zwecke damit verfolgt würden. Es geht, die Landwirte, welche
der Minderheit des Reichstages gegen die Produktionsbeschränkung
zu machen tröbe, durch ein neues heftiges Zugmittel für den
Bund der Landwirte wieder festzumachen.
Indem wir diese Auslassung registrieren, ohne sie und
anzunehmen, möchten wir auf die Gefahren hinweisen, welche
Anträge von der Art des vorliegenden für die Landwirtschaft
sich und ihre berechtigten Interessen und Forderungen hervor-
rufen. Sie nötigen die Regierung zu einer ent-
scheidenden Abklärung und ermahnen so ein geehr-
tes Zulassensverfahren herbeizuführen und der Vertreter
landwirtschaftlicher Interessen zur Förderung derselben
in den Gremien des Reichstages. Vor allem aber drohen
Forderungen der hier bezeichneten Art alle anderen Kreise
unseres Volkes, und zwar auch diejenigen, welche sich auf dem
Gebiet des Schutzes der nationalen Arbeit bewegen, zu einer ge-
schlossenen Phalanx zur Abwehr zu vereinigen und die Agrarier
gleichlich zu unterstützen.

Es aber einmal eine Parteiantipathie bedingung in
den nicht an der Landwirtschaft unmittelbar beteiligten Kreisen
des Reiches erzeugt, dann wird es allgemein schwer sein, auch
die berechtigten Wünsche und Forderungen der Landwirtschaft
zu erfüllen. Manche Ängstlichen werden hoffen, daß die Regierung
zur Bildung eines solchen antipathischen Ringes bereits jetzt
bedenklich zurücktritt. Die rechten Freunde der Landwirtschaft
werden dafür sorgen müssen, daß diese Bewegung nicht durch
Anträge von der Art des vorliegenden auf Getreide
noch weiter verdrängt wird.

Auch die Zentrumsfrage verhält sich immer ab-
sehnlicher gegen den Antrag des Bundes. In besonders
scharfen Worten hat dies u. a. auch der in
München erscheinende „Westfale“, ein sonst unbedingt
agrarischer Interessenvertretendes Zentrumsorgan. Das
Blatt protestiert im Namen der Landwirtschaft gegen
das unkluge Vorgehen des Hrn. v. Riquel und stellt fest,
daß die Aktion allein aus dem Konto des Bundes-
vertrages zu schreiben sei.

Was übrigens das Verhältnis des Bundes der
Landwirte zu den Konservativen anlangt, so führt
die „Kreuzzeitung“ heute aus einer jüngst heraus-
gegebenen anonymen Schrift eines Konservativen über
den Bund der Landwirte folgende Bemerkungen an:
„Es ist eine nicht wegzuleugnende Thatsache, daß bei her-
vorragenden Führern des Bundes der Plan bestanden hat und
noch heute besteht, den Bund der Landwirte selbständig zu
machen, d. h. als politische „Mittelstandspartei“ aus eigener
Stärke zu stellen. In dem Zusammenhang ist dieser Plan thatsächlich
auf seine Opportunität hin geprüft, aber bis jetzt noch nicht
ausgeführt worden. Gewisse Elemente, die im Bunde der Landwirte
in der konservativen Partei nicht abwarten dürfen, die jene Elemente
die Stunde für gekommen erachten, um ihren Plan zu reali-
sieren. Um vor kurzem haben diese angestrebten Umwandlungen
des Bundes mit einer trappanten Unsicherheit die Erklärung
abgegeben, die alten Parteien hätten abgemacht, „es geht
mit ihnen nicht mehr.“ Mit solchen Äußerungen haben auch

Konservativen und Christlich-Soziale über Selbstbindung
eingeleitet. Werden diese also vom Bunde nicht un-
zweideutig desavouiert, so ist es die konservative
Partei sich selbst schuldig, Aufforderungen zu fordern.
Schon kraft des Beschlusses des letzten Reichstages, monach
kein Parteimitglied neben der konservativen auch noch einer
anderen politischen Organisation angehören darf, muß sie
es thun.“

Darzu bemerkt dann die „Kreuzzeitung“ selbst
folgendes:

Wäre es an dem, so dürften die betreffenden Elemente
des Bundes sich natürlich nicht wundern, wenn die Konser-
vativen sich ihrer Part nicht wehrten. Bestenfalls aber
müßte diese Behauptung bewiesen werden; die Behauptung
einer ansonst gehaltenen Schrift genügt dazu nicht. Wenn
der Verfasser nicht aus seiner Unwissenheit herausgeritten will,
so beschränke er wenigstens die hervorgehobenen Sätze
des Bundes“, bei denen dieser Plan deutlich sei, mit
Namen, damit sie sich erklären und auch andere Leser der
Sache näher treten können. Kennt die Behauptung der Kon-
servativen zu, so würde dies dem Bunde bei der konservativen
Partei natürlich sehr schaden. Bestenfalls ist aber nichts fest-
gestellt, und deshalb können wir diesen unter konservativer
Herrschaft ausgehenden Angriff gegen den Bund zur Befolgen.

Die „Deutsche Tageszeitung“, das Organ des
Bundes der Landwirte, beruft sich, diese Diskussion
zu beendigen — verläufig wenigstens — indem sie
erklärt, der Vorstand des Bundes denke nicht an die
Gründung einer eigenen Partei.

Tagesgeschichte.

Dresden, 22. Juli. Zum Thee bei Ihren
Majestäten im Königl. Schloß Billig waren gestern
abend Se. Excellenz der Staats- und Kriegsminister
General der Infanterie von der Planitz nebst Ge-
mahlin und Töchtern mit Einladung besetzt worden.

Dresden, 22. Juli. Über das Fernheiz- und Elek-
trizitätswerk, welches der Staat für eine Anzahl im
Mittelpunkte Dresdens gelegene Gebäude zu errichten be-
absichtigt, sind im Publikum mehrfach irige Ansichten
verbreitet, die ihren Weg auch in die Spalten öffentlicher
Blätter gefunden haben. Demnach soll einerseits die Auf-
belähigung vermehrt, andererseits für die nachfolgenden
öffentlichen Gebäude Feuergefährte herbeigeführt werden.
Man leuchtet aber doch ein, daß die zur Verfügung stehen-
den Rauchföhrtungsmittel bei der Einne Eße des Fern-
heizwerkes viel wirksamer angewendet werden können, als
dies jetzt bei der vorhandenen größeren Anzahl verschiedener
Öfen möglich ist, welche künftig außer Gebrauch treten
werden. Noch weniger ist es zu verstehen, wenn von einer
Vermehrung der Feuergefährte gesprochen wird. Gerade
das Gegenteil ist der Fall. Für die an der Fernheizung
beteiligten Gebäude, aus denen künftig die jetzt vor-
handenen ungefähr 80 verschiedenen Feuerungsanlagen
entfernt werden, muß die Feuergefährte sich ganz bedeutend
mindern — und das ist ja gerade mit der Hauptaufgabe
der ganzen Anlage. Durch das Gebäude der neuen An-
lage selbst kann aber eine Feuergefährte für die Nachbar-
schaft schon deshalb nicht entstehen, weil es ausschließlich
aus feuerfestem Materiale errichtet werden wird. Ferner
soll der dafür bestimmte Platz unglücklich gewählt sein,
weil die Bebauung desselben einen Teil des Südlandes
auf die Elbe vom Thaterplatz aus annehmen werde.
Dabei wird ganz vergessen, daß der französische Platz längst
zur Bebauung bestimmt ist; in den letzten Jahrzehnten
war er zur Bebauung mit einem Künstlerhaus ausersehen.
Gegen diesen Plan ist der Verlust des Südlandes nach der
Elbe nicht ins Feld geführt worden.

Weiter wird die Verlegung der Anlage in das Kleine
Ohragehege als unannehmbar bezeichnet. In diesem Falle
würde aber ein viel längerer Hauptkanal mit großen
Verlusten erforderlich, auch der Betrieb verteuert und
erschwert werden. Derartige Werke müssen naturgemäß
möglichst in der Nähe derjenigen Gebäude, zu denen sie
gehören, liegen, und es ist unvernünftig, sie weiter als
unbedingt erforderlich abzurufen. Was endlich die mehr-
fach aufgewachten Zweifel an der öffentlichen Gesund-
heitswirkung des geplanten Baues im Verhältnis zu seiner
Umgebung anlangt, so wird dem unbefangenen Betrachter
die auf der Sächsisch-Thüringischen Industrie- und Gewerbe-

Romantiker diese ästhetische Erkenntnis in seinem aus-
süßlichen Briefe vom 24. September 1797 ausgesprochen,
der ganze Verlauf dieses Jahrhunderts hat seine Kritik
nur bestätigen können.

Neben den Briefen an Goethe enthält das Jahrbuch
eine Reihe von Aufsätzen, die zur Schilderung der
Zeitalter und Zeitstimmungen — des „Mühsens“, wie
man heute sagt — wertvolle Beiträge liefern. Da stehen
die von C. Schüddeloff verfaßten „Briefe aus der
Wetterstadt“ von 1778 und 1779, Mitteilungen eines
jungen Hamburgers, des Dr. jur. Arnold Günther, der
in Weimar den Spuren der Weimar-Dichtung nachgeht,
dabei mannigfachen Irrthümern und selbst mühsamem
Kritik anheim fällt. Aber wertvoll als vertrauliche
Herzensergüsse eines warmen Kenners, der begeistert
in Goethes Spuren wandelt und so zugleich Zeugnisse
für das Fortbestehen der Weimarer Romantik — für uns
vor allem wichtig durch den Nachweis, wie bald sich selbst
im Kreise der Nachgeborenen die Legende des berühmten
Stoffes bemächtigt — charakteristisch aber auch für die Verfall
des Weimarer, der in der Wetterstadt einem Anfall von
„Wetter-Fieber“ nicht entgeht. Aus einer tiefen Ver-
ständnis für Natur und Dichtung läßt sich der junge
Günther zur Nachfolge des vielversprochenen Schattens for-
treiben. Während in Hamburg seiner eine Geliebte
wartet, die er als Nelly befragt und später beirathet,
wird er in Weimar erst von der Frau des Hamburger
Produzenten von Hofel, dann von der jungen Gräfin
Wittgenstein und endlich gar von einer Lotte, der Tochter
des dortigen Kammermeisters Feld besondert. Auch er
leert sein Mädchen auf einem Baße kennen, und er
leert über Romane und erzählt erst zu spät, daß sie
bereits verprochen ist. Aber trotz der lebensföhligen
Nähe seiner Briefe bleibt es bei ihm ein Spiel. Die
Sentimentalität, die sich selbst dem jungen Goethe nach
begehrt hätte, ging bei dem jungen Geschickte nach
stark im Schwange, zu einer Zeit, wo der Dichter des